

## Queere Rechte weltweit – aktuelle Entwicklungen und Handlungspunkte

### 1. Globale Entwicklung: Rückschritte bei LSBTIQ\*-Rechten

Weltweit ist eine deutliche Zunahme staatlicher und gesellschaftlicher Repressionen gegen LSBTIQ\*-Personen zu beobachten. Diese Entwicklung betrifft nicht nur klassische Hochrisikoregionen, sondern zunehmend auch Staaten in der europäischen Nachbarschaft. Aktuelle Beispiele:

- **Georgien** übernimmt offen russisch-ungarische Gesetzesmodelle („ausländische Agenten“) und geht mit staatlicher und paramilitärischer Gewalt gegen LSBTIQ\*-Organisationen vor.
- **Kasachstan** arbeitet an einem sogenannten Anti-Propaganda-Gesetz mit erheblichen Einschränkungen der Versammlungs- und Organisationsfreiheit.
- **Bulgarien** diskutiert ebenfalls gesetzliche Einschränkungen im Bildungsbereich.
- **(separater top, s. 4)**
- **Ghana's** anti-LSBTIQ\* Gesetz
- **anti-LSBTIQ\* Zensurgesetze in Europa**

Diese Entwicklungen folgen zunehmend **transnationalen Mustern autoritärer Politik**, bei denen Gesetzgebungsmodelle zwischen Staaten transferiert werden – insbesondere aus Russland und innerhalb der EU-Nachbarschaft.

Einschränkungen von LSBTIQ\*-Rechten sind dabei selten isoliert, sondern meist **Teil breiterer Angriffe auf Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliche Freiräume**. Queere Personen stehen hier an vorderster Front, der Umgang mit LSBTIQ\*-Rechten ist der Lackmustest für den Freiheits- und Reifegrad der Demokratie.

### 2. Finanzierungslücken und geopolitische Verschiebungen

Neben repressiven Gesetzgebungen entstehen derzeit auch **erhebliche Finanzierungslücken für menschenrechtsbasierte Entwicklungs- und Gesundheitsprogramme**.

Ein zentraler Faktor ist die erneute Ausweitung der sogenannten **Global Gag Rule der USA**. Diese betrifft inzwischen einen großen Teil der zivilen US-Auslandsförderung und schränkt auch Programme ein, die sich für Gleichberechtigung oder Nichtdiskriminierung einsetzen.

In fragilen Kontexten führt dies zu:

- eingeschränktem Zugang zu Gesundheitsversorgung
- weniger Schutzmechanismen für marginalisierte Gruppen
- zunehmender Schwächung lokaler Zivilgesellschaft

### 3. Strategische Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit

Der Reformplan des **BMZ** sieht eine stärkere strategische Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit vor, u. a.:

- stärkere Verknüpfung mit Außen- und Sicherheitspolitik
- stärkere geopolitische Priorisierung
- Konzentration auf ausgewählte Partnerländer.

Diese Neuausrichtung kann sinnvoll sein, birgt jedoch das Risiko, dass **Menschenrechts- und Minderheitenschutzprogramme unter Effizienzdruck geraten.**

Gerade deshalb bleibt es wichtig, dass Deutschland weiterhin:

- zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen schützt
- Menschenrechtsverteidiger\*innen unterstützt
- diskriminierungsfreie Entwicklungsprogramme sicherstellt.

Dies ist nicht nur eine normative Frage, sondern auch eine Frage **langfristiger Stabilität und Konfliktprävention.**

#### 4. Humanitäre Dimension: Besonders gefährdete Gruppen

In humanitären Krisen gehören LSBTIQ\*-Personen häufig zu den **unsichtbaren Risikogruppen.**

Aktuelle Beispiele:

- **Pakistan/Afghanistan:** Aufnahmeverfahren für besonders gefährdete afghanische LSBTIQ\*-Personen verzögern sich weiterhin erheblich.
- In Konfliktkontexten wie **Sudan, Syrien, Irak, Iran oder der Ukraine** haben LSBTIQ\*-Personen oft keinen sicheren Zugang zu Schutzmechanismen.

Diese Schutzlücken betreffen grundlegende **humanitäre Mindeststandards.**

**Queere Menschen in Konflikt und Krieg**

---

#### 5. EU LGBTIQ Equality Strategy 2026–2031

Die neue EU-Strategie bestätigt LSBTIQ\*-Rechte als Teil der **europäischen Grundwerte und der Rechtsstaatlichkeit.** Gleichzeitig bleibt als große Herausforderung vor allem die **konsequente Durchsetzung bestehender Standards.**

Für Deutschland ergeben sich mehrere politische Hebel:

- Unterstützung der EU-Kommission bei der **Durchsetzung von Grundrechten**, z. B. bei Pride-Verboten oder Einschränkungen der Versammlungsfreiheit.
- Fortschritte bei zentralen EU-Vorhaben wie der **Equal Treatment Directive**, Maßnahmen gegen **Online-Hasskriminalität** sowie der **gegenseitigen Anerkennung von Familien und Elternschaft.**
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen über EU-Programme wie **CERV.**
- Einbindung von LSBTIQ\*-Rechten in **EU-Außen- und Erweiterungspolitik.**

Diese Fragen betreffen nicht nur Gleichstellungspolitik, sondern auch

**Rechtsstaatlichkeit, demokratische Resilienz und europäische Glaubwürdigkeit.**